



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 09.12.2016

Niederschrift

6. Sozialausschusssitzung vom 07.12.2016

Anwesend:

Ausschussvorsitzende

Frau Erna Macht

Ausschussmitglied

Frau Helga Berthold

Herr Sven Blümlein

Frau Jutta Burghardt

Herr Martin Kleine

Herr Karlheinz Müller

Frau Beate Pfeffermann

Frau Helga Weber

Stellvertretendes Mitglied

Herr René Stieme

Vertreter für Dana Krause

Fraktionsvorsitzender

Herr Klaus Scheuermann

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Joachim Ruppert

Magistrat

Frau Stadträtin Renate Filip

Herr Stadtrat Diethard Kerkau

Herr Stadtrat Reinhold Ritter

Seniorenbeirat

Herr Reinhard Schreek

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Lutz Krzysztofik

Schriftführerin

Frau Sonja Heid-von Kymmel

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:11 Uhr

Tagesordnung:

6. Sozialausschusssitzung am 07.12.2016

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2016
3. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
4. Befristete Stelle im Bereich "Flucht und Asyl"
5. Mögliche Angebotserweiterung in der Ev. Kindertagesstätte Klein-Umstadt
6. Mitteilungen des Magistrats
 - 6.1. Hausärztliche Versorgung der Stadt Groß-Umstadt
 - 6.2. Vorbereitungszeiten der Erzieherinnen - Abfrage im Landkreis Darmstadt-Dieburg
 - 6.3. Haftpflichtversicherung für Flüchtlinge
7. Verschiedenes

Die Ausschussvorsitzende, Frau Macht, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Es besteht Beschlussfähigkeit.

Zu TOP 1 Begrüßung

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2016

Die Genehmigung des Protokolls vom 16.11.2016 erfolgt ohne Einwände - einstimmig.

Zu TOP 3 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu TOP 4 Befristete Stelle im Bereich "Flucht und Asyl"

Bürgermeister Ruppert erläutert, dass für den Bereich Flucht&Asyl auf Dauer personelle Veränderungen erforderlich sind. Er bezieht sich auf das im Fachbereich 4 erarbeitete und bereits vorliegende Stellenprofil. Entgegen diesem Erstentwurf soll die künftige Vollzeitstelle befristet – vorerst für die Dauer von zwei Jahren – ab dem Stellenplan 2017 aufgenommen werden. Grundsätzlich hat eine Stellenbewertung zu erfolgen. Angemerkt wird, dass die Stelle teilbar ist. Vertretungsmöglichkeiten, usw. sind somit gegeben.

Daneben soll der Bereich weiterhin Unterstützung in Form von möglichen Honorarkräften, Bundesfreiwilligen-Dienstlern, o.ä. erhalten. Projektfördermittel und weitere finanzielle Mittelerstattungen sollen zur Deckung herangezogen werden.

Nach Unterstützungsbekundungen durch verschiedene Fraktionen und dem Seniorenbeirat, wird folgende Abstimmung getroffen:

Beschluss:

Für den Bereich Flucht und Asyl werden für die Dauer von zwei Jahren die Kosten einer Vollzeitstelle mit dem Aufgabenumfang der vorgestellten Stellenbeschreibung (siehe Anlage) eingeplant. Der Stellenplan für die Jahre 2017 und 2018 ist entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu TOP 5 Mögliche Angebotserweiterung in der Ev. Kindertagesstätte Klein-Umstadt

Eine Alternativ-Gegenüberstellung, die die möglichen u3-Betreuungsformen für die Ev. Kita Klein-Umstadt aufzeigt, wird von Frau Heid-von Kymmel ausgehändigt. Bürgermeister Ruppert geht auf die jetzige Betreuungssituation in der Kita ein und das durch den Träger der Ev. Kirchengemeinde Klein-Umstadt verfolgte Ziel zur Angliederung einer u3-Betreuung ab einem Jahr.

Voraus ging erneut eine Bedarfsabfrage, deren Ergebnis ebenfalls dargestellt ist. Erfasst sind im Ergebnis Kinder, die derzeit benannt/geboren sind. Künftige Nutzer, die in einen möglichen Bedarf einzuplanen sind und deren Geburtsdatum nach Oktober 2016 liegt, werden den Bedarf für Klein-Umstadt verändern/steigern.

Frau Heid-von Kymmel teilt mit, dass mit der Ev. Kirchengemeinde, der Ev. Kita und dem Jugendamt sehr kurzfristig ein erforderliches Gespräch (05.12.2016) stattfand. Eine Besichtigung der Räume wurde vorgenommen, Inhalte und mögliche Veränderungen besprochen. Das Raumkonzept der Einrichtung ist für eine u3-Betreuung zu verändern und macht nicht unerhebliche Umbau- und Renovierungsarbeiten erforderlich. Ebenso ist eine komplette u3-Ausstattung für den Innen- und Außenbereich der Ev. Kita notwendig.

Die Ev. Kirchengemeinde hat für diese aufzubringenden Veränderungen bislang keine finanziellen Auswirkungen zu berichten – Berechnungen wurden noch nicht vorgenommen. Lediglich besteht die Aussage, dass die Beantragung von Fördermitteln in Aussicht gestellt ist. Hier sind kurzfristige Antragsfristen durch den Träger einzuhalten (Antragsverfahren I: 09.01.2017 oder Antragsverfahren II: März 2017).

Nach erfolgter Bescheidung der Fördermittel kann die städt. Beteiligung an einer möglichen Differenz durch die Kirchengemeinde benannt werden. Veränderungen werden sich weiter in der Bezuschussung der laufenden Betriebskosten ergeben, hier wurden jedoch auch keine Berechnungen der Regionalverwaltung vorgelegt.

Ergänzend wird mitgeteilt, dass sich die Anzahl der freien u3-Plätze des Stadtgebietes vom Oktober 2016 mit dem Stand von 20, auf zwischenzeitlich 8 freie Plätze reduziert hat.

Bürgermeister Ruppert betont, dass der Ev. Kirchengemeinde ein eindeutiges Votum zu geben ist, ob der künftigen Betreuung mit zwei ü3-Gruppen und einer Krippengruppe (Alternative 2) entsprochen werden kann. Hiervon macht die Ev. Kirchengemeinde weitere Schritte und Berechnungen abhängig.

Der Tagesordnungspunkt wird nach weiterer Diskussion den einzelnen Fraktionen zur Beratung übergeben. Am 16.12.2016 wird die Stadtverordnetenversammlung zur möglichen u3-Betreuung in Klein-Umstadt zu beraten haben. Im Vorfeld wird den Stadtverordneten die Alternativ-Gegenüberstellung zur Beschlussfindung überlassen.

Zu TOP 6 **Mitteilungen des Magistrats**

Der Bürgermeister informiert über:

- begonnene Geländearbeiten für die geplante Pumptrack
- Bezuschussung der Tafel in Dieburg (aktuelle Nutzer: 125 Haushalte – inkl. 106 Haushalte von Flüchtlingen / Nutzer in 2015: insg. 42 Haushalte)
- Abschluss der Umgestaltung im Außengelände der städt. Kita Richen – unter Einbeziehung von Fördermitteln des Landes
- Auszug der Flüchtlinge aus der Robert-Bosch-Str. 1. Insgesamt 64 Personen, davon verbleiben 44 in Groß-Umstadt und Stadtteilen, 19 ziehen in andere Kommunen, 1 Person wurde nach „unbekannt“ abgemeldet
- Rückmeldungen für den Pakt für den Nachmittag liegen vor. Die Beantragung erfolgt von der Schule Im Grünen Semd und der Geiersbergschule. Bei beiden Schulen sind Einzelheiten zur Betreuungsdauer (Semd) und zum erforderlichen Mensabau (Geiersbergschule) zu klären.

Zu TOP 6.1 Hausärztliche Versorgung der Stadt Groß-Umstadt

Inhalt der Mitteilung

Aus aktuellem Anlass und Rückfragen haben wir den Landkreis um Information zur hausärztlichen Versorgung gebeten. Dies auch im Kontext der allgemeinen Diskussion einer Überalterung der Hausärzte. Aus aktuell guter Versorgungslage könnte innerhalb kurzer Zeit eine Unterversorgung entstehen.

In der Anlage finden sich Graphiken und Übersichten die ärztliche Versorgung betreffen. Es ist festzustellen, dass Groß-Umstadt mit über 81% als „versorgt“ bezeichnet werden kann. Von einer Unterversorgung spricht man erst bei einem statistischen Versorgungsgrad von deutlich unter 70%.

Im Landkreis gibt es derzeit Strategien in Kommunen mit Versorgungsengpässen über installierte MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum bzw. Medizinische Versorgungszentren) Abhilfe zu schaffen. Eine Landkreis-initiierte MVZ-Lösung erfolgt ggf. in Abstimmung zwischen Landkreis und Kommune als Mittel bei fehlender Alternative. Eine solche Frage stellt sich aber bei aktueller Versorgungslage in Groß-Umstadt überhaupt nicht.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6.2 Vorbereitungszeiten der Erzieherinnen - Abfrage im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Inhalt der Mitteilung

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hält zur „Vorbereitungszeit von Erzieherinnen“ (KifAz = Kinderfreie Arbeitszeit der Erzieherinnen) keine Auflistung über das Vorgehen in den einzelnen Landkreiskommunen vor. Die Aufgabe des Landkreises wird darin gesehen, das erarbeitete Qualitätspapier umzusetzen. Dieses sieht vor, eine 20% Vorbereitungszeit zur Verfügung zu stellen, um die geforderten Inhalte realisieren zu können.

Der Kreistag des Landkreises hat diesen Empfehlungen, die vorher Gegenstand intensiver Aussprachen und Beratungen waren, in den verschiedenen Gremien:

Lokaler Bildungsbeirat Darmstadt-Dieburg, Kreisversammlung der Bürgermeister, dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Gene-

rationen, Gleichstellung und Soziales, in seiner Sitzung am 28.09.2015 einstimmig so zugestimmt. Als Vertreterin der Stadt Groß-Umstadt, arbeitete Frau Andrea Fischer an den Inhalten des Qualitätspapieres mit.

Von Bürgermeister Ruppert erfolgte kurzfristig eine Abfrage unter den Landkreisbürgermeistern mit beiliegender Rückmeldung. Einzelne Abweichungen von der vorliegenden Empfehlung sind festzustellen.

Die Kita-Fachberatung des Kreises stellt gleichzeitig jedoch fest, dass sich in den Einrichtungen mit geringerer Vorbereitungszeit zeitliche Probleme in den verschiedenen Bereichen ergeben und dem Landkreis angezeigt/zurückgemeldet werden. Die Beibehaltung der Kita-Qualität, bzw. eine Fortschreibung der Kita-Qualität wird mit der Kürzung der Vorbereitungszeit nicht/nur bedingt ermöglicht. Die Erläuterung der Inhalte und auf Wichtigkeit der Vorbereitungszeit wurde in der Vergangenheit wiederholt – letztmals am 29.06.2016 in der Sozialausschusssitzung durch alle städt. Kita-Leitungen – hingewiesen.

Die Seiten 14 zur Vorbereitungszeit und 16 zur Leitungsfreistellung des Qualitätspapieres liegen ebenfalls als Anlage bei.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6.3 Haftpflichtversicherung für Flüchtlinge

Inhalt der Mitteilung

In der aktuellen Diskussion und im Rahmen eines Prüfantrages gibt es mehrere Stellungnahmen und Informationen zum Thema „Haftpflichtversicherung für Flüchtlinge“. Diese bitten wir den Anlagen zu entnehmen.

Die Hinweise und Stellungnahmen raten von Abschluss einer solchen Pauschalversicherung ab. Ein grundsätzliches Verbot wird aber auch nicht ausgesprochen. Dafür wird sowohl von Seite des Bundes als auch von Seiten des Landkreis dargelegt, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt wird. Dies ist wiederum eine Maxime des Handelns der öffentlichen Hand.

Insbesondere wurde an den Landkreis die Frage gerichtet, ob er sich vorstellen kann eine Pauschalversicherung landkreisweit abzuschließen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Versicherungsfälle für Versicherte an anderen Orten entstehen könnten und die jeweilige Kommune dann in eine entsprechende Abwicklung mit einbezogen würde. Hier erfolgte folgerichtig zur Bewertung eine Absage an eine landkreis-

weite Pauschalversicherung.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 **Verschiedenes**

Es kann mitgeteilt werden, dass für die Inanspruchnahme des Notdienstes in den Sommerferien 2017 noch keine definitiven Rückmeldungen vorliegen. Die Abfrage und das sich daraus abzuleitende Ergebnis sind abzuwarten.

Erna Macht
Ausschussvorsitzende

Sonja Heid-von Kymmel
Schriftführerin